

Selbstständiger Antrag von Abgeordneten (§ 21 GeoLT)

eingbracht am 22.02.2024, 11:06:04

Landtagsabgeordnete(r): LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne), LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Lara Köck (Grüne), LTAbg. Andreas Lackner (Grüne), LTAbg. Georg Schwarzl (Grüne)

Fraktion(en): Grüne

Zuständiger Ausschuss: Infrastruktur

Regierungsmitglied(er): Landeshauptmann Mag. Christopher Drexler, Landeshauptmann-Stv. Anton Lang

Betreff:

Maßnahmen zur raschen Entlastung der A9: StVO-Möglichkeiten zugunsten der Flüssigkeit des Verkehrs nützen

Noch immer hält die ÖVP-SPÖ-Landesregierung an ihrer Forderung an einem A9-Ausbau fest. Dabei ist klar, dass ein Ausbau das Problem nicht dauerhaft lösen kann. Zudem kann ein Ausbau frühestens 2032 verwirklicht werden. Bis dahin untätig zu warten, ist weder für Pendler:innen noch für die verkehrsgeplagten Gemeinden eine Lösung.

Eine wesentliche Entlastung könnte durch das Ergreifen von Maßnahmen, die die Straßenverkehrsordnung schon jetzt ermöglicht, herbeigeführt werden. Dazu dienen etwa Verkehrsbeschränkungen wie Überholverbote sowie die Freigabe von Pannestreifen.

Wie sich insbesondere auch aus der von der Landesregierung beauftragten Verkehrsuntersuchung ergibt, stellen Verkehrsbeschränkungen nicht zuletzt auch für das Landesstraßennetz die wirksamste Entlastungsmaßnahme dar (und dies, obwohl sie in den Berechnungen lediglich auf den mIV bezogen waren). Außerdem würde sich dadurch der Modalsplit von und nach Graz günstiger entwickeln und die CO₂-Emissionen fielen geringer aus. Auch die temporärer Pannestreifenfreigabe hätte einen wirksamen Effekt. In Kombination mit Verkehrseinschränkungen wäre die logische Konsequenz eine noch stärkere Straßenentlastung (vgl Ergebnisbericht vom 20.10.2023, S 77 f, 86, 88, 94 ff).

Wie sich in der Schweiz bereits zeigte, führen beispielsweise Temporeduktionen nicht nur zu einer besseren Ausnützbarkeit der vorhandenen Straßenflächen und dadurch letztlich zu weniger Stau, sondern auch zu weniger Unfällen und damit zu mehr Verkehrssicherheit (s dazu etwa <https://www.20min.ch/story/weshalb-es-mit-tempo-80-schneller-geht-951419525636>).

Es wird daher der

Antrag

gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung zugunsten der Flüssigkeit und Sicherheit des Verkehrs auf der A9 südlich von Graz für

1. die Prüfung von Höchstgeschwindigkeitsreduktionen in Stauspitzenzeiten,
2. punktuelle Überholverbote für den Schwerverkehr, insbesondere in Stauphasen (wie in anderen Ländern bereits üblich) und
3. die abschnittsweise Freigabe von Pannestreifen bei Verkehrsspitzen

einzusetzen.

Unterschrift(en):

LTAbg. Sandra Krautwaschl (Grüne), LTAbg. Lambert Schönleitner (Grüne), LTAbg. Dipl.-Ing.(FH) Lara Köck (Grüne), LTAbg. Andreas Lackner (Grüne), LTAbg. Georg Schwarzl (Grüne)